

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>	19
<i>Teil 1</i>	
<b>Die historische Entwicklung</b>	22
A. Die Entwicklung im Deutschen Reich von 1871	22
I. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Reich und Ländern und ihre Entwicklung	23
II. Die Stellung der Landtage im Rahmen der Finanzverfassung des Reiches	25
III. Die Beteiligung der Landtage an der einzelstaatlichen Einflußnahme auf den Reichswillen	27
IV. Die Präjudizierung der Landtage durch interföderale Absprachen	29
B. Die Entwicklung in der Weimarer Republik von 1919	30
I. Die Stellung der Landesparlamente nach Einführung der parlamentarischen Demokratie	30
II. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Reich und Ländern und ihre Entwicklung	31
III. Die Stellung der Landtage im Rahmen der Finanzverfassung der Weimarer Republik	34
IV. Die Beteiligung der Landtage an der einzelstaatlichen Einflußnahme auf den Reichswillen	35
V. Die Präjudizierung der Landtage durch interföderale Absprachen	37
C. Die Landesparlamente im Dritten Reich (1933 - 1934)	38
D. Die Landesparlamente in der Nachkriegszeit (1946 - 1949)	40
E. Die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für die Stellung der Landesparlamente	42
I. Die Einsetzung des Parlamentarischen Rates	42
II. Die Arbeit des Parlamentarischen Rates	43

*Teil 2*

	<b>Die Landesparlamente im System des GG</b>	46
A. Fragestellung	.....	46
B. Die Landesparlamente und das bundesstaatliche Prinzip	.....	47
I. Die Gliederung des Bundes in Länder	.....	47
1. Die Existenz mehrerer Entscheidungszentren	.....	47
2. Die Staatsqualität von Zentralstaat und Gliedstaaten	.....	48
3. Mindestbestand an Gesetzgebungskompetenzen als Essentiale der Staatlichkeit	.....	49
II. Die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung	.....	49
1. Die Garantie eigener Gesetzgebung	.....	49
2. Abweichende Auffassung	.....	50
III. Der Landtag und das Gesetzgebungsrecht	.....	50
IV. Ergebnis	.....	51
C. Der Stellenwert der Landesparlamente unter gewaltenteilenden Aspekten	..	51
I. Die Verschränkung von horizontaler und vertikaler Gewaltenteilung	..	51
II. Das Problem der Kompetenzkompensation	.....	52
III. Gewaltenteilung und parlamentarisches Regierungssystem	.....	54
1. Der Einfluß des von den politischen Parteien getragenen parlamentarischen Regierungssystems auf die Stellung der Landesparlamente	.....	55
2. Die Auswirkungen der Gewaltenverschränkung auf die Stellung der Landesparlamente	.....	58
IV. Ergebnis	.....	60
D. Standort und Stellenwert der Landesparlamente im Rahmen des Demokratieprinzips	.....	61
I. Die Landtage und das Spannungsverhältnis von bundesstaatlicher Ordnung und Demokratieprinzip	.....	61
1. Die Auswirkungen der unitarisch-zentralistischen Tendenzen	.....	61
2. Die Auswirkungen der unitarisch-kooperativen Tendenzen	.....	63
a) Die stärkere demokratische Legitimation des Parlaments	.....	64
b) Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments	.....	66
c) Die Kontrollfunktion der Landesparlamente	.....	67
II. Die Landtage und die positiven Wechselwirkungen von bundesstaatlicher Ordnung und Demokratieprinzip	.....	70
1. Der Geltungsbereich des Art. 79 Abs. 3, 3. HS	.....	70

	Inhaltsverzeichnis	11
2.	Der Sinngehalt der bundesstaatlichen Ordnung .....	70
a)	Der Erhalt der geschichtlichen Individualität der Einzelstaaten ..	71
b)	Das Subsidiaritätsprinzip .....	71
c)	Ergänzung und Verstärkung der Elemente der Demokratie .....	72
d)	Ergebnis .....	74
E.	Zusammenfassung .....	74

### *Teil 3*

#### **Die verlorene „Macht“ der Landesparlamente** 76

A.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Bund/Länder .....	76
I.	Verlagerung der Gesetzgebungszuständigkeiten .....	76
II.	Exemplarische Betrachtung der weiteren, für den Machtverlust der Landesparlamente relevanten Faktoren im Bereich der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern .....	77
1.	Der Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung .....	77
2.	Der Bereich der Rahmengesetzgebung .....	78
3.	Die Entwicklung der Finanzverfassung und ihre Auswirkung auf die Stellung der Landesparlamente .....	79
a)	Die Entwicklung bis zur großen Finanzreform im Jahre 1969 ...	79
b)	Die Entwicklung nach der großen Finanzreform im Jahre 1969 ..	80
4.	Völkerrechtliche Verträge des Bundes über Gegenstände der Landesgesetzgebung .....	82
B.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Europa/Länder .....	83
I.	Die Eingriffe in Bereiche der Landesgesetzgebung durch Regelungen der EG .....	83
II.	Ausblick auf den Verfassungsentwurf einer Europäischen Union und dessen Auswirkung auf die Stellung der Landtage .....	84
C.	Machtverlust durch eine Verschiebung der Kompetenzen im Verhältnis Regierung/Parlament .....	86
I.	Die Mitwirkungsbefugnis an höherstufigen Entscheidungsprozessen ..	86
1.	Die Gründe für die Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament .....	86
2.	Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landesparlamente .....	87

II. Die höherstufigen Entscheidungsprozesse im einzelnen	88
1. Die Regierungen als Mitwirkende im Bundesrat	88
a) Die normative Regelung nach Art. 51 GG	88
b) Die mittelbare Einschaltung der Landesparlamente	88
2. Die Landesregierung als Beteiligte an Entscheidungen auf EG-Ebene	89
a) Normative Regelung nach § 85 a GGO II	89
b) Die mittelbare Beteiligung der Landesparlamente	90
3. Die Landesregierung als Beteiligte beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge	91
a) Die Regelung nach dem Lindauer Abkommen	91
b) Die Beteiligung der Landtage	91
4. Die Landesregierung als Beteiligte bei bundesgesetzlichen Verordnungsermächtigungen nach Art. 80 Abs. 1 GG	92
5. Die Präjudizierung der Landtage im Bereich der Entscheidungen des kooperativen Föderalismus	93
a) Die Kooperation auf der „Dritten Ebene“	94
aa) Staatsverträge der Gliedstaaten untereinander	94
bb) Fachministerkonferenzen und andere Koordinationsgremien	96
b) Die Kooperation auf der „Vierten Ebene“	97
aa) Bund-Länder-Abkommen	97
bb) Bund-Länder-Gremien	98
III. Die Wahrnehmung der Staatsaufgabe Planung	98
1. Die Gründe für die Machtverschiebung zwischen Regierung und Parlament	98
2. Die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landesparlamente	99
3. Die Mitwirkung der Landesparlamente am Beispiel der Rahmenplanung nach Art. 91 a GG	100

#### *Teil 4*

<b>Die Gründe für die zentripetale Entwicklung der bundesstaatlichen Ordnung</b>	102
A. Fragestellung	102
B. Die Auswirkung egalitärer Tendenzen auf die bundesstaatliche Struktur	103
I. Die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse	103
1. Das Sozialstaatsprinzip	103
2. Grundrechtsschutz gegen bundesstaatliche Vielfalt	104

- II. Zentralisierung als Effizienzsicung ..... 105
- III. Sachliche Unitarisierung als administrative Abwehrstrategie ..... 106
- C. Die Nachgiebigkeit der Verfassung gegenüber egalitären Tendenzen ..... 107
  - I. Das Verfahren der Verfassungsänderung im Bereich der Gesetzgebungs-  
kompetenzen ..... 107
  - II. Art. 72 Abs. 2 GG als Ursache egalitärer Tendenzen ..... 108
  - III. Ergebnis ..... 109

*Teil 5*

**Reformansätze**

- A. Die maßgeblichen Initiatoren der Reformvorschläge ..... 111
- B. Die verschiedenen Reformansätze ..... 112
  - I. Die Beteiligung der Landesparlamente an höherstufigen Entscheidungs-  
prozessen ..... 113
    - 1. Die Praxis in den einzelnen Bundesländern ..... 113
      - a) Staatsverträge und Verwaltungsabkommen ..... 113
      - b) Gemeinschaftsaufgaben ..... 115
        - aa) Rahmenpläne nach Art. 91 a GG ..... 115
        - bb) Vereinbarungen nach Art. 91 b GG ..... 116
      - c) Bundesratsangelegenheiten ..... 116
      - d) Koordinationsgremien der Regierungen, insbesondere Fachmini-  
sterkonferenzen ..... 119
      - e) Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften, soweit Kom-  
petenzen der Länder berührt werden ..... 120
    - 2. Abschließende Bewertung der Unterrichtsregelungen ..... 121
  - II. Stärkung der Landesparlamente durch den Einbau von Sicherungen in  
das Grundgesetz ..... 122
    - 1. Die Beteiligung der Landesparlamente am Verfahren der Verfas-  
sungsänderung ..... 122
    - 2. Die Beteiligung der Landesparlamente bei Übertragung von Hoheits-  
rechten der Länder durch den Bund nach Art. 24 Abs. 1 GG ..... 123
    - 3. Neufassung der Bedürfnisklausel des Art. 72 Abs. 2 GG ..... 124
    - 4. Neufassung des Begriffs Rahmengesetzgebung ..... 126
    - 5. Verlängerung der Frist für die Stellungnahme des Bundesrates im  
Gesetzgebungsverfahren ..... 127

6. Gesetzgebungsrecht der Landesparlamente bei bundesgesetzlichen Verordnungsermächtigungen zugunsten der Landesregierungen ge- mäß Art. 80 Abs. 1 GG .....	128
III. Stärkung der Landesparlamente durch Aufgabenneuverteilung .....	129
1. Revision des Gesetzgebungskatalogs des GG .....	129
2. Abbau des kooperativen Föderalismus .....	131
a) Überregionale Koordinationsgremien .....	131
b) Staatsverträge der Gliedstaaten untereinander .....	132
c) Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen .....	133
3. Die Beteiligung der Landesparlamente an staatsleitenden Entschei- dungen .....	134
C. Ergebnis .....	136
<b>Schlußbetrachtung</b> .....	<b>137</b>
<b>Schrifttumsverzeichnis</b> .....	<b>139</b>